

Beschluss

Grundrecht statt Ware – Wohnraum für alle

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 2.1. Leitantrag

Antragstext

1 Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. In Brandenburg
2 zeigt sich das besonders deutlich: Im Berliner Umland steigen die Mieten in
3 Rekordhöhen, was dazu führt, dass besonders Geringverdienende einen immer
4 größeren Teil ihres Verdienstes in für das Wohnen ausgeben müssen oder gezwungen
5 sind, aus den entsprechenden Gebieten wegzuziehen. Während dieser Trend sich
6 immer weiter ausweitet, gibt es vor allem in den ländlichen Gebieten
7 Brandenburgs einen großen Leerstand, der wiederum den Zerfall von Gemeinschaften
8 begünstigt und zur weiteren Entkopplung durch fehlenden ÖPNV beiträgt.

9 **Eigentum verpflichtet**

10 Wohnen ist ein Grundrecht! Wohneigentum muss daher zuallererst diesem Grundrecht
11 dienen und nicht der Wertanlage. Leerstandsspekulation, bei der Bauland oder
12 Häuser in der Erwartung steigender Immobilien- oder Mietpreise über lange Zeit
13 nicht genutzt werden, sorgt durch eine Verknappung des Wohnraums für steigende
14 Preise. Diese und vergleichbare unmenschliche Investmentstrategien müssen mit
15 geeigneten Maßnahmen unterbunden werden. Wenn dies nicht der Fall ist, sind auch
16 Hausbesetzungen ein legitimes Mittel zivilen Ungehorsams und um auf diese
17 Missstände aufmerksam zu machen. Es muss außerdem dafür gesorgt werden, dass
18 Menschen mit niedrigem Einkommen nicht aus Ballungsgebieten verdrängt werden.
19 Wohnraum gehört als Grundrecht auch gerecht verteilt und muss daher weiter der
20 Marktlogik entzogen werden. Ein akuter Wohnungsmangel gefährdet auch Lehre und
21 Forschung. Die prekäre Situation vieler Studierender und Auszubildender darf
22 nicht für Profitmaximierung ausgenutzt werden. Auch die Wohn- und
23 Lebenssituation internationaler Wissenschaftler*innen und Studierender geht Hand
24 in Hand mit bezahlbarem Wohnraum.

25 Daher fordern wir:

- 26 • Die Enteignung von Immobilienkonzernen, die ihren sozialen Pflichten nicht
27 nachkommen und stattdessen durch dubiose Nebenkosten, überteuerte
28 Modernisierungen und anderen fadenscheinige Gründe Mieten weiter anheben.
29 Auch bei Leerstandsspekulation ist dies ein legitimes Mittel.
- 30 • Ein Mietenmoratorium, um explodierende Mieten kurzfristig zu bremsen –
31 beispielsweise durch die Einführung eines Mietendeckels nach Berliner
32 Vorbild auf Bundesebene.
- 33 • Den Bau weiterer Studierenden- und Jugendwohnheime, und die
34 entkommerzialisierung des Wohnraums. Damit Auszubildende, Studierende und
35 alle jungen Menschen die Möglichkeit bekommen, von Zuhause auszuziehen,
36 wohin sie möchten. Die Selbstständigkeit und Freiheit darf nicht vom
37 Geldbeutel abhängen!

- 38 • Ein vergrößertes öffentliches Wohnungsbauprogramm, das nicht profit-,
39 sondern gemeinwohlorientiert ist. Hierbei muss besonders auf einen hohen
40 Anteil an Sozialwohnungen sowie auf eine möglichst nachhaltige Bauweise
41 Wert gelegt werden.
- 42 • Sanierungen gehen prinzipiell vor Neubau. Neubau muss mit der Konstruktion
43 von Photovoltaikflächen und der Verwendung nachhaltiger Ressourcen
44 einhergehen.

45 **Solidarische Wohnprojekte fördern**

46 Jede Wohnform benötigt Fläche und Ressourcen. Dieser Verbrauch muss bei der
47 Wohn- und Baupolitik immer einbezogen werden. Neben der Verwendung
48 nachhaltigerer und weniger klimaschädlicher Materialien muss jedoch auch eine
49 möglichst platz- und ressourceneffiziente Form gewählt werden. Besonders
50 flächenintensive und profitbringende Wohnformen wie das Einfamilienhaus werden
51 zwar auch in Zukunft eine Rolle bei der Ausweisung neuer Baugebiete spielen –
52 sie dürfen jedoch nicht zur universellen Lösung hochstilisiert werden. Hinzu
53 kommt, dass in Ballungszentren eine hohe Nachfrage auf ein zu niedriges Angebot
54 trifft. Menschen mit niedrigem Einkommen können sich oft kein eigenes Haus
55 leisten. Zudem schränkt die Privatisierung des Raums den zur Verfügung stehenden
56 Platz für öffentliche Parks oder Freiflächen ein. Dies wiederum schadet vor
57 allem Menschen, die z.B. keinen eigenen Garten haben. Es gibt schon heute viele
58 gute Alternativen zu diesen Wohnformen, die auf der kollektiven Nutzung von
59 Platz sowie Gebrauchsgegenständen und auch auf einem verstärkten
60 gemeinschaftlichen Bewusstsein beruhen. Hier gilt es, in der Wohnpolitik
61 diversere Bedürfnisse wahrzunehmen und diesen Möglichkeiten zur Entfaltung zu
62 geben. Es braucht diskriminierungs- und vorurteilsarme Vermittlung, Vermietung
63 und Verwaltung von Wohnformen, um dem Entstehen von diskriminierten Strukturen
64 entgegenzuwirken. Die GRÜNE JUGEND Brandenburg unterstützt progressive
65 Wohnprojekte und Volksbegehren und sonstige Initiativen, die alternative
66 Wohnlösungen darstellen und aktivistisch gegen unsoziale Wohn- und Baupolitik
67 vorgehen.

68 Daher fordern wir:

- 69 • Die Schaffung alternativer Wohnformen wie z.B. Cohousing,
70 Mehrgenerationenhäuser oder inklusiver Wohnprojekte. Dadurch können mehr
71 Menschen auf dem gleichen Raum wohnen und die gleichen Gebrauchsgüter
72 verwenden. Desweiteren wird so einer Vereinzelung der Gesellschaft
73 entgegengewirkt.
- 74 • Die verstärkte Schaffung und Bewahrung öffentlicher Flächen wie zum
75 Beispiel Parks, Sportanlagen, Jugendzentren etc. Dies ermöglicht eine
76 Nutzung aller Bürger*innen unabhängig vom jeweiligen Einkommen und dient
77 somit der ganzen Gesellschaft anstatt einzelnen Menschen. Besonders im
78 ländlichen Raum müssen öffentliche Freizeitangebote geschaffen werden, um
79 diesen attraktiver zu machen und den Wegzug in städtische Regionen, der
80 eine weitreichende soziale Kluft zwischen Land und Stadt schafft,
81 einzudämmen.
- 82 • Die Unterstützung strukturell benachteiligter Personen bei der
83 (energetischen) Sanierung.
- 84 • Maßnahmen zur Förderung von Transparenz im Vermietungsprozess.

85 **Kommunalisieren statt Privatisieren**

86 Der Ausverkauf öffentlicher Flächen an private Wohnunternehmen in der
87 Vergangenheit ist vielleicht der wichtigste Faktor für die unsozialen
88 Wohnverhältnisse heutzutage. Profitorientierte Unternehmen werden immer
89 versuchen, einhegende Regelungen zu umgehen, um den erzielten Gewinn zu
90 maximieren. Ziel einer sozialen Wohnpolitik kann daher nur sein, dass mehr
91 Wohnungen in der Hand gemeinwohlorientierter Träger sind. Hierzu gehören neben
92 kommunalen Wohnungsgesellschaften auch Genoss*innenschaften und Stiftungen.

93 Ein weiterer maßgeblicher Grund für steigende Mieten ist die Vergabe
94 öffentlicher Flächen anhand meist rein finanzieller Gesichtspunkte. Anstatt
95 Grundstücke an die höchstbietende Partei zu vergeben, müssen andere Kriterien
96 stärker im Vordergrund stehen: Wie klimafreundlich und ressourcenschonend wird
97 gebaut? Wie viele Sozialwohnungen wird es geben? Wie teuer wird die Miete sein?
98 Wie barrierearm werden die Wohnungen? Ist die Partei gemeinwohl- oder
99 profitorientiert?

100 Daher fordern wir:

- 101 • Die höhere Gewichtung qualitativer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher
102 Flächen. Darunter zählen u.a. Klimafreundlichkeit, Ressourceneffizienz,
103 Anteil an Sozialwohnung, Mietpreis und Barrierearmut.
- 104 • Die verstärkte Einbindung von Bewohner*innen bei Vergabe- und
105 Stadtentwicklungsprozessen, um die gemeinwohlorientierte Nutzung
106 öffentlicher Flächen stärker zu garantieren. Nur eine basisdemokratische
107 Wohnpolitik kann auch eine soziale Wohnpolitik sein.
- 108 • Die Stärkung kommunaler Vorkaufsrechte für alle Grundstücke innerhalb des
109 Gemeindegebietes. Des Weiteren sollen die Kaufpreise sich nicht an
110 spekulativen Marktpreisen orientieren, sondern nach der Grundlage eines
111 sozialverträglichen Ertragswertes ausgerichtet werden.
- 112 • Mehr finanzielle Mittel für die (energetische) Sanierung landeseigener
113 Gebäude.

114 **Barrierefreiheit ist mindestens genauso wichtig wie der Brandschutz!**

115 Während für Brandschutzbegehungen ganze Kieze in Berlin von Polizist*innen
116 eingenommen und Hausprojekte belagert werden, ist die Barrierefreiheit mit den
117 derzeitigen Gesetzen eine Lachnummer. Wir möchten dass jeder Neubau Barrierefrei
118 gebaut werden muss, auch muss Bestand schnellstmöglich Barriereärmer werden! Wir
119 möchten, dass jede*r Mensch möglichst in jedem Wohnraum wohnen kann. Wohnraum
120 für alle!

121 Daher fordern wir:

- 122 • Barrierefreiheit bei allen Neubauten - auch bei Privaten!